

ROMAN SANDGRUBER

Die österreichische Ernährungssituation und die burgenländische Landwirtschaft

Die durch das Auseinanderfallen der Habsburger Monarchie ausgelösten territorialen und staatspolitischen Veränderungen verursachten einen grundlegenden Wandel der landwirtschaftlichen Produktions- und Marktbedingungen. Die Auflösung der Monarchie beendete die seit dem späten 18. Jahrhundert sich zunehmend stärker herauskristallisierende wirtschaftliche Arbeitsteilung zwischen den österreichischen, böhmischen und mährischen Industriegebieten, dem Verwaltungs- und Handelszentrum Wien und den Agrargebieten Ungarns bzw. auch Mährens und Böhmens.

Ungarn und die Ernährung Österreichs

Der Austausch von Nahrungsgütern gegen Dienstleistungen und Industriewaren hatte im Oktober/ November 1918 fast schlagartig aufgehört. Die Problematik hatte sich aber schon im Krieg abgezeichnet. Die ernährungswirtschaftlichen Beziehungen zu Ungarn während des Krieges gehörten nicht zu den erfreulichsten Partien in der Geschichte des Verhältnisses der beiden Teilstaaten der alten Monarchie. Die Parallelität zwischen Heeresverwaltung und ziviler Wirtschaftspolitik und der wirtschaftspolitische Partikularismus der beiden Reichshälften trugen zur Verschärfung der Lage bei, insbesondere, und das war der dauernde Vorwurf an Ungarn, weil Ungarn nicht bereit war, entsprechende Einschränkungen zugunsten der österreichischen Reichshälfte auf sich zu nehmen.

Um die immer knapper werdenden Nahrungsmittel entbrannte ein heftiger Kampf zwischen den österreichischen und ungarischen Stellen. 1916 betrug die Getreideproduktion pro Kopf in Ungarn rund 203 kg, in Österreich rund 72 kg. Trotzdem lieferte Ungarn 1916 nur mehr rund 100 000 t Getreide und Mehl nach Österreich, gegenüber 2,1 Millionen t in den Vorkriegsjahren. Zwar versorgte Ungarn die Armee. Doch ließ

sich der bittere Vorwurf nicht aus der Welt schaffen, ungarische Schweine seien wichtiger als österreichische Menschen.¹

Auch innerhalb der österreichischen Reichshälfte standen einer einheitlichen Ernährungspolitik die nationalen Gegensätze entgegen. In Böhmen und Mähren, von wo Österreich traditionell versorgt wurde, war die Opferbereitschaft naturgemäß nicht überwältigend. Galizien war für die Lieferung von Überschüssen ohnehin weitgehend weggefallen.²

Nach dem Zusammenbruch verschärfte sich die Situation noch weiter. Österreich, dem „Rest, der 1918 übriggeblieben war“, war nicht zuletzt auf Grund seines Ernährungsproblems die Existenzfähigkeit abgesprochen worden. Schon vor dem Krieg durch einen hohen Importbedarf gekennzeichnet, war durch den kriegsbedingten Produktionsrückgang das Problem der Versorgung Wiens, das fast ein Drittel der Bevölkerung des neuen Staats auf sich vereinte, zur Zentralfrage geworden, die nach dem Zerfall der Habsburger Monarchie nicht nur durch den Nationalismus der „Nachfolgestaaten“, sondern auch durch interne Prämissen und Aversionen der Bundesländer verschärft wurde: Daß Wiens Bevölkerung in den Wintern 1918/19 und 1919/20 beinahe verhungert wäre und auch im übrigen Österreich bitterste Not herrschte, wurde durch eine Fülle langfristiger Fehlentwicklungen, Fehleinschätzungen und folgenschwerer Versäumnisse struktureller Natur verursacht.³

Das kleingewordene Österreich war infolge seines Unvermögens, seine Bevölkerung zu ernähren, vom Wohlwollen der alliierten Mächte und dem rechtzeitigen Eintreffen von Nahrungsmittellieferungen völlig abhängig.⁴ Gab es angesichts dieser Tatsachen für Österreich bzw. für seine politischen Kräfte eine Alternative? Konnte sich dieses klein gewordene Land dem Druck der wirtschaftlichen Eigeninteressen der Siegerstaaten wie auch der Nachfolgestaaten, ihrem „Lebensmittelimperialismus“ entziehen? Für das Kabinett und vor allem für die mit der Lebensmittelversorgung betrauten Stellen stand das Überleben, die Unausweichlichkeit der Situation, hinsichtlich der Versorgung einer hungrigen Millionenstadt im Vordergrund.

¹ Eduard März, Österreichische Bankpolitik in der Zeit der großen Wende 1913-1923. Am Beispiel der Creditanstalt für Handel und Gewerbe (Wien 1981), 171 ff.; Margarete Grandner, Kooperative Gewerkschaftspolitik in der Kriegswirtschaft. Die freien Gewerkschaften Österreichs im Ersten Weltkrieg (Wien 1992), 115 (Stürgkh an Tisza, 17.12.1915); Loewenfeld-Russ Hans, Im Kampf gegen den Hunger. Aus den Erinnerungen des Staatssekretärs für Volksernährung 1918-1920, hg. v. Isabella Ackerl, Wien 1986, 83 ff.

² Hans Loewenfeld-Russ, Die Regelung der Volksernährung im Kriege (Wien 1926); Ottokar Landwehr von Pragenau, Hunger. Die Erschöpfungsjahre der Mittelmächte 1917/18 (Zürich 1931; Horst Haselsteiner, The Habsburg Empire in World War I: Mobilization of Food Supplies, in: East Central European Society in World War I (hg. von Béla K. Király u.a., New York 1985) 87-102.

³ Loewenfeld-Russ, Im Kampf gegen den Hunger, XII.

⁴ Loewenfeld-Russ, Im Kampf gegen den Hunger, IX.

Die weitgehende Versorgungsabhängigkeit der 2 1/2 Millionenstadt Wien löste beträchtliche Probleme aus und mobilisierte alte Aversionen. Wiens politische und wirtschaftliche Stellung war einerseits die eines überdimensionierten Zentrums, dem nicht nur der größte Teil seines früheren Hinterlands abhanden gekommen war, sondern von dem sich auch die westlichen Bundesländer zurückziehen versuchten. Andererseits blieb Wien als Großstadt und Konsumzentrum erhalten und verschaffte der Landwirtschaft der angrenzenden Regionen, ursprünglich Niederösterreichs, Mährens und des westlichen Ungarns, später eben Niederösterreichs, des Burgenlandes und bis zu einem gewissen Grade auch Oberösterreichs Wettbewerbsvorteile, die die anderen Bundesländer nie in dem Maße erlangen konnten. So gesehen verfestigte Wien den agrarwirtschaftlichen Dualismus zwischen den Regionen Österreichs.

Das Burgenland als Nahrungsmittelreserve

Die drei westungarischen Komitate Ödenburg, Wieselburg und Eisenburg waren für Wien, Graz und Wiener Neustadt von großer ernährungswirtschaftlicher Bedeutung, für die Versorgung mit Cerealien, Vieh, Fleisch, Fett, Butter, Gemüse und Obst, aber auch mit Futtermitteln, Heu und Kartoffeln. Auch die Zuckerproduktion dieser Komitate war angesichts der geringen deutsch-österreichischen Zuckererzeugung von Wichtigkeit. So machten sich nicht nur aus nationalen, sondern auch aus ernährungswirtschaftlichen Gesichtspunkten bald nach dem Zusammenbruch Bestrebungen geltend, den Anschluß der drei westungarischen Komitate an Deutschösterreich durchzusetzen.

In der Staatserklärung der Republik Deutsch-Österreich vom 22. 11. 1918 wurde daher neben den nationalen und kulturellen Argumenten die wirtschaftliche Bedeutung Westungarns für Österreich explizit angeführt: und ist insbesondere für die Stadt Wien zur Lebensmittelversorgung unentbehrlich...“⁵

Die ungarische Seite versuchte ihrerseits Druck auszuüben und die Lebensmittelversorgung als Trumpf auszuspielen. In der 40. Sitzung des Staatsrats vom 20. Nov. 1918 wurde die Feststellung des ungarischen Gesandten vorgebracht, die ungarische Regierung werde im Hinblick auf die Haltung der deutschösterreichischen Regierung in der Frage der von Deutschen bewohnten westungarischen Gebiete jede weitere Lebensmittelsendung aus Ungarn nach Österreich einstellen und betrachte die Entsendung von Einkäufern aus Österreich nach diesen Gebieten als feindseligen Akt, der mit der Verhaftung der trotzdem erscheinenden Verkäufer beantwortet werden würde.⁶ Erst nach langwierigen Verhandlungen gelang es, die ungarische Regierung von dem Beschluß einer vollständigen Sperre der Lebensmitteltransporte abzubringen.

⁵ Staatsgesetzblatt für den Staat Deutschösterreich, 9. Stück, Nr. 41 (Staatserklärung vom 22.11.1918 über Umfang, Grenzen und Beziehungen des Staatsgebietes von Deutschösterreich).

⁶ *Loewenfeld-Russ, Im Kampf gegen den Hunger*, 194.

Von Seiten des Staatssekretärs für Ernährungsfragen Loewenfeld-Russ wurde für die Pariser Friedensverhandlungen eine ausführliche Denkschrift erstellt, in welcher die Bedeutung der westungarischen Komitate für die Ernährungsverhältnisse Deutschösterreichs hinsichtlich der wichtigsten Nahrungsmittel auf Grund der verfügbaren Statistik ziffernmäßig dargelegt und aufgelistet wurde. Loewenfeld-Russ hatte den Überschuß der drei Komitate an Brotgetreide (Weizen und Roggen) nach Abzug von Saatgut und Eigenbedarf auf 100000 t berechnet.

Bei den Pariser Friedensverhandlungen in der ersten Hälfte des Jahres 1919 wurde die Frage der Versorgung Wiens aus dem burgenländischen Hinterland zu einem der territorialen Hauptthemen gemacht, was die Siegermächte letztlich stärker als das nationale Argument bewogen haben dürfte, das Gebiet in den wesentlichen Teilen Österreich zuzusprechen, um so von Seiten der Alliierten ein deutliches Zeichen für die Existenzfähigkeit des neuen Kleinstaates zu setzen.⁷ Im Friedensvertrag von St. Germain wurden Österreich aber nur Teilgebiete der drei Komitate zugesprochen, ca. 40 Prozent des Territoriums, insgesamt etwa 430000 ha mit rund 340000 Einwohnern. Die vom Anschluß dieser Komitate erwartete Ernährungshilfe an Österreich verlor hierdurch, so Loewenfeld-Russ, sehr wesentlich an Bedeutung.⁸

Aus dem im Friedensvertrag tatsächlich zugesprochenen Teilgebiet glaubte Loewenfeld-Russ nur mehr 24000 bis 30000 t Brotgetreide erwarten zu dürfen, was pro Kopf der Bevölkerung Deutschösterreichs seinen Berechnungen zufolge einen Zuschuß von nur 3 kg bedeute (bei einem Friedenskonsum von 154,6 kg).⁹

Die Kartoffelanbaufläche des Burgenlandes schätzte das Bundesministerium für Volksernährung auf 15890 ha mit einem Gesamtertrag von 142264 t jährlich. Davon Saatgut im Ausmaß von 31780 t und Schwund und Verfütterung im Ausmaß von 22096 t subtrahiert, kam man auf theoretische 88387 t, die dem Konsum verbleiben sollten. Da der Kartoffelkonsum im Burgenland niedrig sei, könnten davon sicherlich ein Teil nach Österreich geliefert werden, argumentierte man.¹⁰ Auch für die Gemüse- und Obstversorgung wurde der Anschluß des Burgenlandes als relevant bezeichnet.

Hinsichtlich der Fleischproduktion rechneten die Experten mit einem beträchtlichen Überschuß, einer jährlichen Fleischproduktion der an Österreich fallenden Gebiete von etwa 6500 t, einem Eigenverbrauch von 3300 t, also immerhin mit Exportmöglichkeiten

⁷ Gerald Schlag, Landwirtschaft und Landwirtschaftspolitik im Burgenland vom Ersten Weltkrieg bis zur Weltwirtschaftskrise, in: Der Bauer und die Landwirtschaft im pannonischen Raum vom Ende des Ersten Weltkriegs bis zur Wirtschaftskrise. Internationales Kulturhistorisches Symposium Mogersdorf 13, 1981, Marburg 1981, 280.

⁸ Loewenfeld-Russ, Im Kampf gegen den Hunger, 194.

⁹ Loewenfeld-Russ, Im Kampf gegen den Hunger, 194 f. Entsprechende Berechnungen dazu in: Das österreichische Ernährungsproblem, I, Wien 1921, 54 f.

¹⁰ Das österreichische Ernährungsproblem, 4, Wien 1922, 562 f.

von 3200 t jährlich.¹¹ Nach der ungarischen Vorkriegsstatistik hätte man für das Gebiet des Burgenlandes einen Schweinebestand von schätzungsweise 134000 Stück annehmen müssen. Eine Erhebung im Frühjahr 1922 ergab 108000 Stück.

Wien und die an das Burgenland anschließenden Industrieorte Niederösterreichs und der Steiermark wurden traditionell aus Westungarn mit Frischmilch und Molkereiprodukten beliefert.

Im Burgenland lagen die Zuckerfabriken Hirm, Siegendorf und Groß-Zinkendorf. Die Rübenanbaufläche dieser drei Fabriken betrug vor dem Krieg durchschnittlich 6980 ha, die Gesamtzuckererzeugung 51098 t. Im Krieg sank die Produktion (1917/18) auf 11500 t. Der Eigenbedarf des Burgenlandes wurde vom Staatsamt für Volksernährung auf 6000 t veranschlagt. Bei Wiedererreichen der Vorkriegsproduktion wären also beträchtliche Überschüsse möglich gewesen.¹² Zum Vergleich: die vier niederösterreichischen Zuckerfabriken erzeugten vor dem Krieg im Durchschnitt 47307 t Zucker, ihre Produktion sank im Krieg (1917/18) auf 9342 t und betrug 1919/20 5132 t. Vor dem Krieg betrug der Zuckerkonsum des Bundesgebiets ca. 148000 t, nach den Ansätzen des Staatsamtes für Volksernährung 137000 t.

Die agrarische Rückständigkeit des Burgenlands

Was sich als ein wichtiger wirtschaftlicher Beweggrund für einen Anschluß darstellte und auch für die Siegermächte 1919 einleuchtend erschien, erwies sich allerdings in der Realität als gar nicht so deutlich. Loewenfeld-Russ berichtet, im Jänner 1920 habe der ungarische Gesandte Dr. Gustav Grätz bei ihm vorgesprochen, um ihn zu überzeugen, daß der Besitz der deutsch-westungarischen Gebiete das österreichische Ernährungsdefizit nur noch vergrößern würde, da es sich um den agrarwirtschaftlich weniger produktiven Teil der drei Komitate handle, der zudem während der Räteregierung und durch den jahrelangen Grenzschnuggel ausgesaugt und ausgeplündert sei.¹³

Loewenfeld-Russ vertrat die Meinung, daß, wenn schon durch die Angliederung in nächster Zeit keine fühlbare Entlastung des Ernährungsproblems eintreten würde, diese doch bei entsprechender Förderung der Produktion und rationeller Verwertung in der Zukunft, insbesondere hinsichtlich der sogenannten kleinen Approvisionierung Wiens, (Milch, Butter, Eier, Obst, Gemüse) sehr wertvoll werden könne.¹⁴

Schon 1921 war aufgefallen, daß das tatsächliche Produktionsergebnis der burgenländischen Landwirtschaft weit hinter den Erwartungen zurückblieb. Die burgenländische Landwirtschaft war erschreckend veraltet und verarmt. Obwohl das Burgenland

¹¹ Das österreichische Ernährungsproblem, 1, 1921, 149 ff.

¹² Das österreichische Ernährungsproblem, 2, 1922, 231 f.

¹³ *Loewenfeld-Russ, Im Kampf gegen den Hunger*, 195.

von Landschaft, Bodenbeschaffenheit und Klima eher zu den landwirtschaftlich bevorzugten Gebieten zu rechnen gewesen wäre und auch für den Absatz günstige Voraussetzungen gegeben waren, lagen die tatsächlichen Ergebnisse weit hinter den Annahmen und Erwartungen zurück. Die Hektarerträge lagen 1922 bei fast allen Produkten deutlich unter denen der anderen Bundesländer. Nur bei Zuckerrüben und Hülsenfrüchten wurde der österreichische Durchschnitt übertroffen.

Hauptverantwortlich war die ungünstige Betriebsgrößenstruktur, die sich auf Klein- und Kleinstbetriebe einerseits und nicht besonders gut geführte bzw. von revolutionären Erschütterungen betroffene Großgrundbesitzungen andererseits konzentrierte und dem Mittelbetrieb wenig Raum ließ. Über 60 Prozent der Betriebe lagen unter 3 ha. Auf den Großgrundbesitz entfielen mit 73371 ha 21,3 Prozent der bewirtschafteten Fläche. Für das Burgenland hatten weder die von der ungarischen Regierung propagierte Bodenreform noch die Verstaatlichungspolitik der ungarischen Räteregierung nennenswerte Auswirkungen gehabt.

Die extrem kleinbäuerlich-kleinbetriebliche Struktur des Burgenlandes, verbunden mit der hohen Agrarquote und dem hohen Subsistenzgrad, erschwerte jegliche Produktivitätssteigerungen, drückte die Marktquote und machte eine großräumige Belieferung von Märkten fast unmöglich. Vor dem Ersten Weltkrieg waren 89,2 Prozent der burgenländischen Bevölkerung in irgendeiner Form landwirtschaftstreibend, 73 Prozent waren echte Bauern.¹⁵

Aber es war nicht nur die kleinbetriebliche Struktur mit ihrem hohen Subsistenzgrad. Durch die Magyarisierungspolitik der Monarchiezeit war unter der deutschsprachigen ländlichen Bevölkerung ein nicht unerhebliches Bildungsproblem und Bildungsdefizit entstanden. Aber auch der Aufbau eines Bank- und Sparkassenwesens ebenso wie das ländliche Genossenschaftswesen und die Etablierung einer wirksamen Interessenvertretung hinkten nach.

Die Agrarentwicklung der Zwischenkriegszeit

Für das Burgenland und seine Landwirtschaft wurde der Anschluß an Österreich zum Glücksfall: nicht nur, weil die Landwirtschaft der Region strukturell und organisatorisch den in Österreich bestehenden Bedingungen sukzessive angepaßt wurde, sondern weil die Landwirtschaft im Österreich der Zwischenkriegszeit generell bessere Bedingungen vorfand als anderswo. 1913 wurde der Anteil der Land- und Forstwirtschaft am Bruttonationalprodukt Österreichs mit 11.2 Prozent angegeben, 1934 mit 15 Prozent, 1950 mit 18 Prozent. Erst 1970 war er auf 7.8 Prozent und bis 1980 auf 4.8 Prozent gefallen.

¹⁴ *Loewenfeld-Russ*, Im Kampf gegen den Hunger, 196.

¹⁵ *Schlag*, Landwirtschaft und Landwirtschaftspolitik, 280 ff, 282.

Der klein- und mittelbäuerliche Charakter der österreichischen Landwirtschaft blieb nach dem Zerfall der Monarchie erhalten. Die kleinen und mittleren Besitzgrößen wurden ab 1918 wirtschaftlich sogar aufgewertet, da der produktionsstarke Großgrundbesitz nun außerhalb der neuen Grenzen lag. Der Zerfall der Habsburgermonarchie bedeutete für die österreichische Landwirtschaft in einem gewissen Sinn eine Entlastung von Konkurrenz- und Konzentrationsdruck, was einerseits, trotz weltweiter und auch österreichinterner Agrarkrise, eine gewisse Verbesserung der Lebensbedingungen möglich machte, andererseits bis in die 1950er Jahre kaum einen nennenswerten Modernisierungs- und Konzentrationsprozeß in Gang brachte.

In der Landwirtschaft des Burgenlands begannen nach dem Anschluß an Österreich strukturverbessernde Maßnahmen erstaunlich rasch zu greifen. Voraussetzung war die Beseitigung des gravierenden Bildungsnotstandes unter der Dorfbewölkerung. Im Bildungsbereich setzte ein beträchtlicher Aufholprozeß ein. Die Volksschulbildung im Burgenland wurde auf das Niveau des übrigen Österreich gebracht. Auch der Aufbau eines landwirtschaftlichen Schulwesens setzte ein.

Dazu kam der Aufbau entsprechender bäuerlicher Organisationen, von Genossenschaften, Interessenvertretungen und Parteien. 1922/23 waren im Burgenland die ersten Raiffeisenkassen entstanden. Bis 1930 wurde die beachtliche Zahl von 116 Instituten erreicht. 1928 erfolgte der Zusammenschluß zum „Landesverband der landwirtschaftlichen Genossenschaften“ Kapital zu vertretbaren Bedingungen aufzubringen, war für die Ankurbelung einer Investitionstätigkeit entscheidend. Allerdings floß der geringere Teil der Kreditmittel in Verbesserungen des Produktionsprozesses und der Produktionsstruktur. Viel wurde für Bauten verwendet. Noch viel mehr für Hofübernahmen und Erbteilsabgeltungen. Der rasch wachsenden Verschuldung entsprach also keineswegs eine aliquote Verbesserung der Produktionsmittel. Die Verschuldung der Landwirtschaft war nach der völligen Entschuldung in der Hyperinflation bis 1922 wieder sehr rasch angestiegen: fehlende Liquidität, hohe Zinsen und schlechte Ertragslage wirkten in den dreißiger Jahren zusammen, daß zahlreiche Betriebe wegen Überschuldung versteigert werden mußten.

Einkaufs- und Vermarktungsgenossenschaften, Viehzuchtgenossenschaften, Milchgenossenschaften, Gemüseverwertungsgenossenschaften wurden gegründet und konnten bald auch erhebliche Erfolge aufweisen. Schritt für Schritt wurden sowohl auf dem Wiener Milch- wie auch Gemüsemarkt Absatzchancen erschlossen und die tschechische Konkurrenz verdrängt. In den 1920er Jahren beteiligen sich die Genossenschaften auch stärker am Getreidehandel, der bisher primär über private Hände gelaufen war. Zahlreiche genossenschaftliche Molkereien wurden errichtet. Das Burgenland lieferte 1932 insgesamt 35 Mio. Liter Milch, davon 25 Mio. Liter als Frischmilch, und davon 23 Mio. Liter nach Wien. Mit der Einführung der Marktlenkung für die Landwirtschaft wuchs die Bedeutung der Genossenschaften neuerdings, da ihr bürokratischer Apparat dazu herangezogen wurde.

Der Ausbau des Kammersystems, einer Agrarbürokratie und einer genossenschaftlichen Absatzideologie gingen Hand in Hand. Aus dem Kreis der Genossenschaften und landwirtschaftlichen Bezirksvereine, die sich 1925 in Wiener Neustadt zum Verband burgenländischer Landwirte vereinigt hatten, erwuchs die burgenländische Landwirtschaftskammer, die 1925 durch Landesgesetz als Selbstverwaltungskörper der Bauernschaft gegründet worden war, aber erst anfang 1927 nach der Wahl der 32 Kammervertreter konstituiert werden konnte. Die Landwirtschaftskammer amtierte bis 1930 in Sauerbrunn, dann in Eisenstadt. Das Hauptziel der Kammertätigkeit war die Förderung der Produktion. In den meisten Kulturarten hatte das Burgenland hinsichtlich der Produktivität der Produktion bis zum Ende der Zwanziger Jahre bereits gegenüber dem übrigen Bundesgebiet gleichgezogen.

1929 aber stellte sich bereits massiv die Absatzfrage, unter dem doppelten Druck des internationalen Preisverfalls ab 1925 und des Kaufkraftschwundes durch die Massenarbeitslosigkeit ab 1929. Der alte Typ der Marktintervention, der überwiegend auf zollpolitischen Eingriffen beruhte, funktionierte nicht mehr und reichte vor allem keineswegs mehr aus. Die Marktregulierung auf der Basis neuer Interventionstechniken konnte die Landwirtschaft zwar nicht vor Einkommenseinbußen bewahren, diese aber doch weniger tief werden lassen als im industriellen Sektor.¹⁶

¹⁶ Klaus *Arnold*, Die Land- und Forstwirtschaft im Burgenland, Eisenstadt 1979, Raumplanung Burgenland, 1979, 3; Hans *Paul*, Tendenzen in der Entwicklung der burgenländischen Landwirtschaft zwischen 1929 und 1938, in: Bauer und Landwirtschaft im pannonischen Raum von der Weltwirtschaftskrise bis zum Zweiten Weltkrieg, Internationales Kulturhistorisches Symposium Mogersdorf, 15, 1983, Osijek 1983, 171 ff; Das Buch des burgenländischen Bauern, hg. v. der Burgenländischen Landwirtschaftskammer, Eisenstadt 1954; Festschrift der Burgenländischen Landwirtschaftskammer aus Anlaß des 30jährigen Bestandes, Eisenstadt 1957; Michael *Ritter*, Die Burgenländische Landwirtschaft 1921-1938, Wien, Wirtschaftsuniv. Dipl.-Arb. 1977; Angela *Weilguny*, Strukturwandel in der Landwirtschaft und die Auswirkungen auf die Sozialstruktur der bäuerlichen Bevölkerung am Beispiel des Burgenlandes von 1921 1934, Dipl. Arbeit Univ. Wien 1987; Landwirtschaft im Burgenland: Strukturen, Probleme, Perspektiven, hg. v. Andrea *Berger*, Klosterneuburg 1995

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Wissenschaftliche Arbeiten aus dem Burgenland](#)

Jahr/Year: 1996

Band/Volume: [095](#)

Autor(en)/Author(s): Sandgruber Roman

Artikel/Article: [Die österreichische Ernährungssituation und die burgenländische Landwirtschaft. 191-198](#)